

Wenn Helikopter Trauer tragen

Das EU-Luftverkehrsabkommen bringt der Schweizer Flieger-Branche vor allem Regulierung.



Nach der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative steht das Rahmenabkommen Schweiz–EU wieder im Scheinwerferlicht. Die sieben bilateralen Verträge der Serie I und allenfalls andere Abmachungen sollen auf EU-Konformität programmiert werden. Die meisten Befürworter tun jetzt so, als sei das Rahmenabkommen etwas Neues, von dem man sich in guten Treuen eine harmonischere und intensivere Beziehung mit der EU erhoffen dürfe, die auch den Schweizer Unternehmen dienlich sei.

Dabei kann man aus dem Abkommen zum Luftverkehr aus dem Paket der Bilateralen I ersehen, wie eine systematische Rechtsübernahme wirkt. Der Luftverkehrsvertrag trat 2001 in Kraft, und mit dem Beitritt der Schweiz zur Luftfahrtbehörde European Aviation Safety Agency (Easa) 2006 wurde die automatische Übernahme von EU-Recht fest installiert, wie ein Rahmenvertrag im Kleinformat. Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) wirkt als Vollstrecker der EU-Regulierung. Tausende von Seiten komplexer Vorschriften werden von EU/Easa direkt an die Schweizer Flugunternehmen weitergegeben. Verletzungen der Regeln werden laut der Bundesverwaltung «gegebenenfalls von der EU-Kommission und vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften geahndet».

Und welcher Spielraum bleibt der Schweiz? Ein langjähriger Streit über das Pensionierungsalter für Piloten zeigt: sehr wenig. Die Easa reduzierte vor Jahren die Altersgrenze für bestimmte Piloten, die kommerziell fliegen, von 65 auf 60 Jahre. Der Bundesrat wollte diese Anordnung gleich für die Schweiz übernehmen, stiess damit

aber auf den Widerstand der Helikopter-Branche, die sich an der Talentverschwendung und den hohen Pensionskosten stört. Das Parlament half den Firmen und unterstützte eine Motion zugunsten eigenständiger Schweizer Regeln. Nach langem Streit mit der Easa gibt es heute keine Lösung, nur kurzfristige Ausnahmen. Und auffallend: Bundesrat sowie gemischter Ausschuss aus Schweizer und EU-Verwaltung erscheinen stärker als Parlament und Bürger.

Nestlé am Aufsteigen

Ulf Mark Schneider hat bei der Führung von Nestlé, dem weltgrössten Nahrungsmittelkonzern und grössten Schweizer Unternehmen mit einem Jahresumsatz von über 90 Milliarden Franken und mit über 290 000 Mitarbeitern, soeben eine kleine Bewegung gemacht, die in der Schweiz nostalgische Regungen wecken kann: Nestlé trennt sich von der Stalden-Creme, die vielen aus dem Militär als Dessert vertraut ist. Schneider ist seit seinem Antritt als Konzernchef 2017 am moderaten Umbauen, immer wieder gibt es Verkäufe und Zukäufe von Unternehmensteilen, die nicht spektakulär wirken, die aber den Konzern alles in allem stärker machen, auch in der regionalen Abstützung. Es wurden immer wieder rentable Geschäfte hinzugefügt, etwa Tiernahrung und Kaffee gestärkt, dies neben dem einträglichen Baby-nahrungsmittelsegment.

In diesen Kategorien steht Nestlé an der Weltmarktspitze, und in der Schweiz hat man gross in eine neue Kaffeeanlage investiert. Daneben wurden ertragsschwächere oder vom Image her schwierigere Geschäfte reduziert, so das

Wassergeschäft, das für Schneider früher einmal als wichtiger Pfeiler gegolten hatte. Nestlé ist auch an der Börse ein Koloss ohne hektische Bewegungen; in den vergangenen zehn Jahren hat sich der Börsenkurs bei dosierten Schwankungen verdoppelt. Man kann sagen, das sei nicht enorm im Vergleich mit anderen Weltriesen wie Apple, Alphabet oder Amazon, aber es ist auch im Auge zu behalten: Firmen mit explosivem Wachstum wirkten wie Magnete auf Anleger, die Kurse schossen in die Höhe. Das kann sich ändern, wenn Investoren irgendwann wieder stärker solide Titel wie Nestlé mit hoher Ertragskraft im Vergleich zum Börsenkurs suchen.

Unter Drogen

Die Meldung tönt beruhigend: «Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich fast so wohl wie vor dem Lockdown». Mit diesen Worten hat vor einigen Tagen das Netzwerk «Wirtschaftsraum Zürich» dem Publikum zu verstehen gegeben, dass es um die Lebensqualität der Bevölkerung wieder deutlich besser stehe. Der von Zürcher Hochschulen und Fachhochschulen erhobene Stimmungsindikator, der Covid-19 Social Monitor, zeige wieder ähnlich günstige Werte wie 2017. Die Befürchtung sei bisher nicht eingetroffen, dass sich das Befinden breiter Bevölkerungsgruppen massiv verschlechtern würde. Man kann es auch so sagen: Die staatlichen Auffanghilfen wie Kurzarbeit, Überbrückungsgelder, Einkommensersatz, Subventionen und Nullzinskredite wirken. Wie Drogen. Lasten, Schulden sind in die Zukunft verschoben, heute drücken sie so wenig aufs Gemüt, dass man sich fast fühlt wie früher.